

Mit Paul Schiefer im Studio – und das sind einige unserer Themen – der ukrainische Präsident Zelensky hält eine Videoansprache im Parlament in Wien und dankt dabei der österreichischen

Bevölkerung für ihre Solidarität.

Die Abgeordneten der Freiheitlichen haben die Rede abgelehnt, haben geschlossen den Saal verlassen und wurden dafür von den anderen Parteien kritisiert.

Die Inflation in Österreich sinkt langsamer als erwartet, sagen die Wirtschaftsforscher, aber die Wirtschaftsaussichten haben sich etwas verbessert.

Bei der Tageszeitung heute hat es eine Hauszusuchung gegeben, es wird wegen Bestechung, Bestechlichkeit

und Untreue ermittelt, das hat jetzt die Staatsanwaltschaft bestätigt.

Und ältere Menschen sollen in Zukunft leichter einen Kredit bei der Bank bekommen, der Nationalrat

hat heute neue Regeln dafür beschlossen.

Die Wettaussichten hat jetzt Daniel Schlager.

Zeitweise nass geht es im Großteil Österreichs weiter, speziell bis Mitternacht, auch kräftige und gewittrige Schauer können dabei sein und die Temperaturen sinken auf 10 bis 0 Grad.

Morgen Freitag zeigt sich die Sonne dann nur gelegentlich, länger vor allem im Osten.

Aus Westen breiten sich dagegen die nächsten Regenschauer und Gewitter aus, bei einer Schneefalkrenze

um 1800 Meter.

Spätestens Mittenschauern frischt auch teils kräftig aus Südwestwind auf und es wird mild die Temperaturen klettern auf 10 bis 18, im Osten stellenweise bis auf 20 Grad.

In 2000 Meter hat es um die 3 Grad.

Auch am Wochenende oft windig und mehr Wolken als Sonne, außerdem kann es überall mal regnen,

am meisten am Sonntag an der Alpen-Nordseite.

Und dann wird es auch deutlich kühler.

Österreich war bis heute eines der letzten Länder in der EU, in denen der ukrainische Präsident Zelensky seit Kriegsbeginn noch nicht vor dem Parlament gesprochen hat, aber heute war es ebenso weit.

In einer Videoansprache hat er sich vor allem bei der österreichischen Bevölkerung und der Bundesregierung bedankt für ihre Unterstützung und ihre Solidarität.

Karin Kolla.

Etwas mehr als 10 Minuten dauert die Rede des ukrainischen Präsidenten heute im österreichischen Parlament.

Er bedanke sich für die bisherige Unterstützung Österreichs für die Ukraine, für die Menschen in seinem Land, sagt Volodymyr Zelensky.

Besonders ausführlich schildert er dann die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die ukrainische Zivilbevölkerung.

174.000 Quadratkilometer der Ukraine sind durch Minen und Geschosse, die nicht explodiert sind, kontaminiert.

Das ist die doppelte Fläche von Österreich.

Es gibt 100.000 Antipersonen, Panzerminen, Geschosse, auf Feldern, in Gemüsegärten und

Häusern und abertausende Minenfall.

Österreich helfe auch bei der Entminung, wofür es sehr dankbar sei.

Russland habe diesen wahnsinnigen Krieg begonnen, die Ukraine wollte nie fremde Gebiete besitzen oder sich in andere Länder einmischen, betont der ukrainische Präsident.

In diesem Konflikt könne man moralisch nicht neutral bleiben, unterstreicht Zelensky.

Explizit dankt der ukrainische Präsident der österreichischen Bevölkerung für die humanitäre Hilfe durch Nachbar in Not.

Er sei überzeugt, so Zelensky, dass das Böse in diesem Krieg verlieren werde.

Im Nationalrat wurde die Rede des ukrainischen Präsidenten größtenteils positiv aufgenommen, nur die Abgeordneten der FPÖ waren offen gegen den Auftritt Zelenskys und sie haben geschlossen den Saal verlassen.

Eva Haslinger fasst die Reaktionen zusammen.

Bei Beginn der Rede von Volodymyr Zelensky stehen die Freiheitlichen auf und verlassen den Plenarsaal.

Zuvor stellen sie Tafeln auf ihre Pulte, auf denen Platz für Frieden und Platz für Neutralität zu lesen ist.

Die anderen Fraktionen kritisieren das Verhalten der FPÖ scharf, etwa Reinhold Lopatka von der ÖVP.

Die Rede Zelenskys sei mit der Neutralität Österreichs selbstverständlich vereinbar, meint er.

Er hat in anderen neutralen Staaten die EU schon gesprochen, dort hat aber keine Partei den Menschen der Ukraine den Rücken gekehrt, wie es heute die Freiheitlichen gemacht haben.

Schade, dass sie ein solches Verhalten an den Tag legen.

Die FPÖ verrate die Neutralität zu den Grünen, ähnlich die SPÖ.

Russland führe nicht nur einen Krieg gegen die Ukraine, sondern gegen Europa und den ganzen Westen, Sonéoschefin Berthe Meinel-Reisinger.

Wer hier wegblickt und sich auf die falsche Seite der Geschichte stellt, macht sie zum Kollaborateur von diktatorischen Regimen.

Und ich sehe mich heute sehr dafür, dass wir auch hier im Hohen Haus Menschen haben, die nicht unterscheiden können zwischen Tätern und Opfern.

FPÖ-Chef Herbert Kickel reagiert am Nachmittag in einer Pressekonferenz auf die Angriffe, und zwar mit einem Gegenangriff.

Unser Vorwurf in Richtung dieser Ampel der Unvernunft und in Richtung der Einheitspartei heißt, dass man das Neutralitätsdopott wieder einmal gebrochen hat und dass diese Brüche in immer kürzeren Abständen erfolgen.

Das österreichische Parlament dürfe keine Bühne für Vertreter einer kriegsführenden Partei sein, so Kickel.

In Russland ist ein Journalist der amerikanischen Zeitung Wall Street Journal festgenommen und worden, ihm wird Spionage vorgeworfen, Beweise haben die russischen Behörden aber keine vorgelegt.

Markus Müller berichtet.

Erst kam die Nachricht der Festnahme des amerikanischen Journalisten.

Kurz darauf gab es auch schon eine erste Stellungnahme des russischen Präsidenten-Sprecher Peskov.

Es gebe klare Beweise, dass er im Bereich der Rüstungsindustrie spioniert habe und kurz danach die Stellungnahme des stellvertretenden Außenministers Ryabkov.

Ein gefangenen Austausch sei ausgeschlossen, was die Spekulationen genau darüber umso mehr anheizt.

Der Journalist Evan Gershkewic berichtet seit mehreren Jahren für englischsprachige Medien aus Russland, aktuell für das Wall Street Journal.

Er wurde in der Nähe der Stadt Jekaterinburg im Ural festgenommen, nach Moskau gebracht, in einem Schnellverfahren wurde dann die Untersuchungsakt überhängt.

Das Wall Street Journal weist ein Spionagervorwurf vehement zurück.

Es ist die erste Verhaftung eines amerikanischen Reporters im Gebiet des heutigen Russland seit dem Jahr 1986.

In der Türkei stehen jetzt die Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen Mitte Mai fest.

Vier Männer werden ins Rennen gehen, die türkische Wahlbehörde hat die Kandidaturen heute bestätigt, auch jene des amtierenden Präsidenten Erdogan.

Monatelang wurde diskutiert, ob es rechtmäßig ist, dass er wieder kandidiert, berichtet aus Istanbul Katharina Wagner.

Ist der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan befugt noch einmal für dieses Amt anzutreten?

Die türkische Wahlbehörde sagt heute, ja.

Im Vorfeld hatten mehrere Oppositionsparteien argumentiert, eine Wiederkandidatur sei verfassungswidrig,

da Erdogan bereits Zeitmal zum Präsidenten gewählt wurde.

Erdogans AKP-Regierung und nun auch die Wahlbehörde sind das anders.

Nach der türkischen Verfassungsänderung 2018 und der Einführung des Präsidialsystems würden die vorherigen Amtszeiten nicht zählen.

Fest stehen nun auch Erdogans Herausforderer.

Ein stärkster Konkurrent gilt der 74-jährige Kemal Kölic-Tarolo, der größten Oppositionspartei CHP, der für ein Wahlbündnis ins Rennen geht.

Er könnte Stimmen an den ehemaligen Parteifreund Muharrem Inje abtreten müssen.

Auch dieser und der rechtsnationalistische Sinan-Oan gehen als Außenseiter ins Rennen.

Finland dürfte heute grünes Licht für den NATO-Beitritt bekommen vom türkischen Parlament, nämlich im Fall Schwedens ist der Weg noch nicht ganz frei.

Der schwedische Ministerpräsident hat sich heute aber zuversichtlich gezeigt, dass auch sein Land bald dem Verteidigungspündnis beitreten kann.

Das hat er heute bei einem Treffen mit Bundeskanzler Karl Nehammer in Stockholm deutlich gemacht

und von dort berichtet jetzt Peter Fritz.

Willkommen in Schweden, sagt Premierminister Ulf Christian, der rasch betont, dass sein Gast Karl Nehammer und seine Regierung ganz gleiche Interessen hätten, etwa wenn es um den Schutz der EU Außengrenzen gehe.

Aber eines unterscheidet beides stark.

Schweden hofft, der NATO-Beitreten zu können, der Widerstand der Türkei und Ungarns gegen einen Beitritt werde zu überwinden sein, sagt Premier Christian, er hofft, bis zum NATO-Gipfel

in Vilnius im Juli dabei sein zu können.

Sein Gast Karl Nehammer will an der Neutralität Österreichs nicht rütteln lassen, hält aber fest.

Auf der anderen Seite haben wir auch immer klargestellt, dass unsere Neutralität eine militärische ist, aber eben keine, die nicht auch Unrecht benennt, wenn Unrecht geschieht.

Nächste Station der Kanzlereise wird Kopenhagen sein, auch dort mit den Hauptthemen Migration und Sicherheit.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird nächste Woche mit dem französischen Präsidenten Macron nach China reisen.

Heute hat sie in Brüssel eine Rede gehalten über die Rolle Chinas in der Welt und die europäischen Beziehungen zu China.

An die Führung in Peking appelliert sie, dass man sich an friedlichen Lösungen beteiligen soll.

Aus Brüssel Robert Siegmund.

Es ist ein schwieriges und vielschichtiges Bild, dass Ursula von der Leyen heute von den europäischen Beziehungen zu China zeichnet.

Diese seien zunehmend unausgewogen und geprägt durch Verwerfungen dieser staatskapitalistische Regime in Peking verursache.

Von der Leyen plädiert für eine generelle Neuausrichtung der europäischen, chinesischen Beziehungen, auch wirtschaftliche Beziehungen, sein Davon betroffen.

Und natürlich gehe er es auch um die chinesische Haltung zu Russland.

President Xi hält an seiner bedingungslosen Freundschaft mit Putin fest, aber es gibt eine Änderung.

China sieht nun Putins Schwäche als eigenem Vorteil.

China sei auch verantwortlich an einer friedlichen Lösung mitzuarbeiten, so von der Leyen.

Diese müsse aber immer auf die territoriale Integrität der Ukraine abzielen.

China hat hier eine Verantwortung, doch dieser Frieden kann nur gerecht sein.

Wenn er eine souveräne Kräfte als Basis hat, auch die Menschenrechtsproblematik in China sprach die Präsidentin an.

1810 bekommen wieder zurück nach Österreich.

Die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS haben am vormittag ihre neuste Konjunkturprognose für das heurige und das nächste Jahr präsentiert.

Zusammengefasst kann man sagen, die hohe Inflation wird nur langsam zurückgehen.

Aber insgesamt soll es wirtschaftlich bald etwas bergaufgehen, berichtet Maria Kern.

Im vergangenen Dezember haben WIFO und IHS noch damit gerechnet, dass die Inflation heuer im Schnitt bei 6,5 bzw. 6,7% liegen wird.

In ihrer heute präsentierten neuen Prognose mussten die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute die Zahlen allerdings nach oben revidieren.

Die Inflation werde zwar nicht mehr bei 11% liegen, wie zuletzt.

Die Teuerung werde schon zurückgehen, so wie für Chef Gabriel Felbermeier im heutigen Ö1-Mittagsschöner.

Aber es geht viel, langsamer, es ist vielzehr.

Und wenn wir im Jahresdurchschnitt immer noch 7,1% haben werden, dann ist das im Faktor 3,4% zu hoch.

Also Entwarnung kann man bei der Inflation noch überhaupt nicht geben.

So sehen das auch Felbermeiers Kollegen vom IHS.

Sie prognostizieren für heuer sogar eine Inflationsrate von 7,5% und sind damit noch etwas pessimistischer als das WIFO.

Für das kommende Jahr gehen beide Institute immer noch von einer Inflation von mehr als 3% aus.

Optimal wären 2%.

Erfreulich ist dagegen, dass die Wirtschaft ab dem Sommer wieder wachsen soll, derzeit stagniert sie ja, nachher zu.

Positiv ist weiters, dass der Arbeitsmarkt heuer und im kommenden Jahr relativ stabil bleiben dürfte.

Probleme werden allerdings dem Bausektor bescheinigt.

Das liegt vor allem an den gestiegenen Zinsen und den strengeren Regeln für Wohnbaugredite, wodurch die Aufträge in der Baubranche zurückgehen dürften.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat eine Hauszusuchung bei der Tageszeitung heute durchgeführt, das hat die Staatsanwaltschaftsverkürzen bestätigt.

Auslöser waren die berühmten schwarzen Seiten aus der Aussage von Thomas Schmidt, Ex-Generalsekretär

im ÖVP geführten Finanzministerium.

Darin erhebt Schmidt schwere Vorwürfe gegen heute Herausgeberin Eva Dichand.

Laut WKSDA wird wegen des Verdachts der Bestechung, der Bestechlichkeit und der Untreue ermittelt.

Eva Dichand bestreitet die Vorwürfe.

Hören Sie mehr von Peter Bichler.

Als Beweis für seine Aussagen hatte Thomas Schmidt der Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft

auch Chats vorgelegt, etwa zu Interventionen von Eva Dichand gegen eine bei Stiftungseigentümern ungeliebte Gesetzesnovelle.

Zitat.

Für Eva, wir geben morgen unsere negativen Stellungnahmen zum Stiftungsgesetz des BMF ab.

Danke für Info.

Hoffe sehr negativ.

Auch habe Dichand Laut-Schmidt für mehrere Inserate des Finanzministeriums in ihrer Zeitung heute und in der Kronenzeitung interminiert und dafür eine wohlwollende Berichterstattung für Ex-ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz in Aussicht gestellt.

Vorwürfe, die von Eva Dichand heute Nachmittag wird, wieder als einfach falsch zurückgewiesen wurden.

Wir haben nie Einfluss auf die Inhalte von heute zu Gunsten von Kurz genommen, so die Herausgeberin Schmidt versuche, seinen Kronzeugenstatus zu erhalten und habe deshalb diese falschen

Aussagen getätigt, schreibt Dichand.

Heute Schiefredakteur Christian Nusser meldete sich ebenfalls auf Twitter zu Wort, auch er betont, dass es keinen Einfluss auf die Redaktion gegeben habe, weder politisch noch von Dichand.

Der AHVV-Verlag, der die Zeitschrift heute herausgibt, hat unterdessen die Hausdurchsuchung

in den Geschäftsräumlichkeiten des Verlags bestätigt, heute sei an vollunfänglicher Kooperation mit den Ermittlungsbehörden gelegen, um bei der raschen Aufklärung des Sachverhalts behilflich zu sein, hieß es seitens der Geschäftsführung.

Die Räußeisenbank International lässt zum ersten Mal durchblicken, wie sie mit dem Russland-Geschäft umgehen will.

Es könnte auf eine Abspaltung oder einen Verkauf hinauslaufen.

Eine endgültige Entscheidung steht aber noch aus.

Zuletzt ist der Druck auf die RBI gestiegen, eine Lösung zu finden, Paul Seehorst berichtet.

Die RBI prüft einen Ausstieg aus dem Russland-Geschäft, Transaktionen, die zu einem Verkauf oder zur Abspaltung führen, werden weiter verfolgt, sagt RBI-Chef Johann Strobel hatte Vormittag bei der Hauptversammlung, ohne Details zu nennen.

Verkauf oder Abspaltung würden zu einer Endkonsolidierung aus dem Unternehmen führen, selbst ohne das

Russland-Geschäft wäre die RBI weiter stabil betont Strobel.

Zuletzt wurde der Druck für eine Entscheidung auf die Bank immer größer, einerseits von den eigenen Aktionären, andererseits von der Europäischen Zentralbank.

Während die Prüfung für eine mögliche Abspaltung oder den Verkauf läuft, wird die Geschäftstätigkeit

in Russland weiter reduziert, heißt es heute Vormittag.

Einige Bankgeschäfte werden laut Strobel aber weiter aufrecht erhalten, um die Banklizenz nicht zu verlieren.

Bilder von Matratzen am Gang im AKH, auf denen eine betagte Patientin liegt, sorgen heute in Wien für Aufregung, manche Medien berichten, das habe wohl mit dem Mangel an Pflegepersonal zu tun.

Aber die Personalvertretung und auch Experten halten die Lagerung auf Matratzen am Boden in bestimmten Situationen für durchaus üblich und sinnvoll.

Und auch die Tochter der Betroffenen war und ist einverstanden, berichtet Bernd Koschou.

Das war die beste Lösung für ihre Mutter, sagt die Tochter der Patientin gegenüber der Austria-Presse-Agentur.

Die demente Frau habe vergessen, dass sie nach einem Bruch nicht aufstehen darf.

Die Lagerung am Boden für eine Nacht sei eine Vorsichtsmaßnahme gewesen.

Und warum die Matratze am Gang?

Meine Mutter lag dadurch in der Nähe des Schwestern Stützpunktes und konnte besser beobachtet werden, so die Tochter.

Und der Professor für Pflegewissenschaft Martin Nagel-Kuppal meint?

Es kann durch Situationen geben, wo so was sinnvoll ist, wenn es abzuwiegen ist, dass sich die Patientin an Oberschenkel-Halsbruch zuzieht, wenn sie aus dem Bett fällt oder ich leg sie halt am Boden, weil nichts anderes verfügbar ist, wird ihm auch für die Matratze entscheiden.

Der Spezialboden gilt als besonders unhygienisch.

Die Frau lag freilich nicht direkt am Boden, sondern auf eine Matratze, nur der Behälter ihres KT, das teils am Boden.

Der Pflegewissenschaftler meint?

Niemand legt sich gerne auf den Boden.

Der Spezialboden ist sicher das Milieu, das am stärksten kontaminiert ist durch Keime und alles Mögliche.

Aber es ist auch eine Frage der gelindesten Mittel und man muss da die Kirche auch bis ihm Dorf lassen.

Also ein Haren-KT beispielsweise am Boden ist ein geschlossener System, das ist schon nochmal was anderes, das wäre offene Wunde am Herzen.

Laut der Tochter haben sich die Pflegekräfte trotz angespannter Personalsituation wahnsinnig bemüht.

Dass Fotos ihrer Mutter Medien zugespielt wurden, findet die Tochter, die sich auch bei Gesundheitsstaatsrat Peter Hacker gemeldet hat, nicht in Ordnung.

Todgesagte leben länger, so kann man das Ergebnis einer Krisensitzung nach internen Grabenkämpfen

bei der Wiener Ärztekammer zusammenfassen.

Eigentlich war dabei die Abwahl von Kurin-Chef Eric Rendl-Huber vorgesehen.

Nach stundenlangen emotionalen Debatten ist jetzt wieder alles anders.

Huber bleibt vorerst im Amt berichtet, Petra Bichler.

Teilnehmer der Sitzung berichten von wilden Diskussionen zwischen den Unterstützern von Kurin, ob man Eric Rendl-Huber und jenen von Ärztekammerpräsidenten Johannes Stein hat.

Doch letztlich kam keine Zweidrittelmehrheit gegen Huber zustande.

Huber?

Ich war sehr überrascht, einfach aufgrund der Tatsache, dass ich das Gefühl hatte, mit meinen Argumenten auf Tabeohren zu stoßen.

Teilnehmer berichten auch, dass Huber in einer Stellungnahme vor der Geheimenwahl angekündigt hatte.

Er werde in einigen Monaten als Kurin-Chef zurücktreten.

Das bestätigt Huber heute.

Ich bin froh, dass ich die Aufklärung weiter betreiben kann, aber das ist jetzt mein Ziel.

Das würde auch rasch irgendwie zu Ende führen und ich glaube, es ist Zeit, dass dann jemand anders das Rudel übernimmt.

Eingebracht wurde der Abwahantrag von Unterstützern von Stein hat unter anderem, weil Huber die

Mischte in der Ärztekammertochterfirma Equip vor Orti öffentlich gemacht hatte.

Ältere Menschen in Österreich sollen in Zukunft leichter Kredite erhalten, das hat der Nationalrat heute einstimmig beschlossen.

Die Lebenserwartung soll damit keine Rolle mehr spielen, für Banken soll ausschlaggebend sein, ob die jeweilige Person genug Sicherheit für einen Kredit vorweisen kann.

Victoria Waldecker berichtet.

Mit dem Gesetzesbeschluss werde die Altersdiskriminierung bei der Kreditvergabe beendet, sagt Justizministerin

Almasadic von den Grünen heute im Parlament.

Es geht darum, dass ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Sie wollen nicht von ihren Kindern abhängig sein, sondern dann, wenn sie finanzielle Mittel zur Verfügung haben, wollen sie auch selbst das in die Hand nehmen.

Ein Kredit könne etwa nötig werden, um das eigene Zuhause barrierefrei zu machen. Auch von der Opposition gab es breite Zustimmung zur Neuregelung. Bisher hatten sich Banken bei der Vergabe von Krediten an der statistischen Lebenserwartung orientiert.

Für ältere Menschen wurde es damit sehr schwierig, einen Kredit zu erhalten. Die jetzt beschlossenen Änderungen im Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz treten mit Mayenkraft.

Damit wird eine Kreditvergabe grundsätzlich möglich, solange eine Person genug Sicherheit hat.

Auch Bankenvertreter hatten die neue Regelung im Vorfeld begrüßt.

Gegen einen Eigentümer der Corona-Testfirma Lita Ryzen laufen Ermittlungen wegen untreue Urkunden und Beweismittelfälschungen, wir haben berichtet.

Und jetzt wird darüber hinaus bekannt, dass es gegen das Unternehmen auch eine Million Klage aus Deutschland gibt.

Es geht um die Rückabwicklung eines Kaufvertrags für eine Million Testkits.

Jürgen Pettinger berichtet.

Konkret liegt der Streitwert bei 3,3 Millionen Euro.

Der führende deutsche Anbieter von Corona-Testlösungen hat im März letzten Jahres den Kaufvertrag

mit Lita Ryzen in Österreich abgeschlossen und will jetzt das Geld zurück.

Begründung?

Die Testkits aus Wien seien unbrauchbar gewesen, weil für das Testen im Wohnzimmer nicht zuverlässig genug.

Die Lita Ryzen-Geschäftsführung bestreitet die Vorwürfe, sie seien an den Haaren herbeigezogen, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme.

Die Klage betrifft ausschließlich den deutschen Markt und hat mit der in Wien eingesetzten App für das Projekt alles gurgelt, nichts gemein.

Die Verhandlung am Handelsgericht Wien beginnt am 8.

Mai.

Parallel dazu ermittelt die Staatsanwaltschaft gerade gegen den Mehrheitseigentümer von Lita Ryzen.

Der Verdacht, er soll Geld abgezogen und anderweitig verwendet haben.

Es gilt freilich die Umschutzvermutung.

In der Schweiz sind vier Manager der Gasprombank Zürich verurteilt worden, die Staatsanwaltschaft

hat ihnen vorgeworfen, einen engen Freund Vladimir Putins als Inhaber eines Millionen-Kontos akzeptiert zu haben und das, obwohl klar sein musste, dass er diese Millionen nicht mit ehrlicher Arbeit verdient haben konnte, Marion Pflatzmeser berichtet.

Die sogenannten Panama Papers haben den Fall ins Rollen gebracht und zu dem heutigen Knalleffekt

beim Bezirksgericht Zürich geführt.

30 Millionen Franken gingen über die Konten eines Cellisten, hatte der Staatsanwalt während des Plädoyers vor Gericht gesagt.

Wenn bei dieser Konstellation keine weiteren Abklärungen notwendig sind, wandern.

Die Verteidigung hatte Günstlingswirtschaft, zwar zugegeben, Roldugin habe als Putin Freund aber wirtschaftliche Privilegien genossen.

Der Richter sagte heute, es lässt sich nicht feststellen, wer da tatsächlich wirtschaftlich berechnete der Konten war.

Jedenfalls nicht Roldugin.

Die Bank Angestellten hätten ihre Sorgfaltspflicht verletzt.

Er hat die vier Banker zu Geldstrafen zwischen 540.000 und 48.000 Franken auf Bewährung verurteilt.

Die Verteidiger haben Berufung angemeldet.

Der brasilianische Ex-Präsident Jair Bolsonaro ist zurück in Brasilien.

Er hat die letzten drei Monate seit seinem Abgang in den USA verbracht.

Seine angekündigte Rückkehr hat er immer wieder verschoben.

Heute ist er gleich nach der Ankunft am Flughafen in Brasilia zum Sitz seiner Partei gefahren, wo er von seinen Anhängern begeistert empfangen wurde.

Ganz Ken Mayer berichtet.

Mit Mythos rufen wie im Wahlkampf im Vorjahr feiern die Anhänger des brasilianischen Ex-Präsidenten

Jair Bolsonaro dessen Rückkehr.

Er hatte es verweigert, die Präsidentenschärfe seinem Nachfolger dem linken Luiz Inácio Lula das Silber zu übergeben und war wenige Tage vor Amtsübergabe in die USA gereist.

Lula dürfe nicht glauben, dass er machen könne, was er wolle, sagt Bolsonaro seinen Gefolgsleuten heute.

Sie hätten es in der Hand Brasilien zu einem sicheren Ort zu machen.

Bolsonaro will Hilfe leisten, sagt er.

Ihm könnte allerdings auch eine Zukunft im Gefängnis bevorstehen.

Gegen Bolsonaro laufen Untersuchungen unter anderem wegen seiner Rolle beim Sturm des Parlaments und des Präsidentenpalastes durch seine Anhänger Anfang Jena und wegen Annahme von Millionen Geschenken aus Saudi-Arabien während seiner Amtszeit.

Und die Meldungen hat jetzt Tom Brandenberger.

Die Ostfalten Airlines kurzauer haben sich mit der Gewerkschaft wieder auf einen neuen Kollektivvertrag für das Board Personal geeinigt.

Der angedrohte Streik am K. Freitag und damit mitten im Osterreiseverkehr ist abgewendet.

Am späten Nachmittag wurden Einzelheiten der Einigung bekannt.

Die Kollektivvertraglichen und Ist-Gehälter werden rückwirkend mit 1. März um 11% erhöht.

Beim Kabinenpersonal werden die Mindestmonatsgehälter rückwirkend mit 1. Jena auf 2.000 bis 2.050 Euro brutto angehoben.

Der Staat werde nicht alle Krisen ausgleichen können, das erklärte ÖVP-Finanzminister Brunner bei der Eröffnung der Dorn-Berner Frühjahrsmesse in Fadelberg.

Es komme ihm so vor, als ob in den Krisen auch mit Schulterpolitik auf den Bisschen Millionen mit Milliarden verwechselt wurden, so brunnerwörtlich.

Von dem müsse man wieder abkehren und sich bewusst machen, dass das Steuergelder sein.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für eine Neuausrichtung im Verhältnis zu China ausgesprochen.

Die EU müsse unabhängiger werden und vor allem wirtschaftliche Risiken im Verhältnis

zu dem bevölkerungsreichsten Land der Erde minimieren, sagte von der Leyen in Brüssel. Sie reist in der kommenden Woche gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Macron zu politischen Gesprächen nach Peking.

Beim Absturz zweier Armee-Hubschrauber während einer Übung im US-Bundestadt Kentucky sind neun Soldaten ums Leben gekommen.

Nach Angaben der US-Streitkräfte sind die beiden Black Hawk-Hubschrauber aus zunächst unbekannter Ursache verunglückt.

Es soll sich um eine Übung mit Nachtsichtgeräten gehandelt haben.

Die neuseeländische Feuerwehr hat ein Kochbuch zusammengestellt mit Rezepten, wenn man betrunken

oder heil ist.

Die Grundidee des Online-Kochbuches ist, von angeheiterten Freizeitköchen verursachte Küchenbrände zu vermeiden.

Laut Feuerwehr werden in Neuseeland pro Jahr mehr als 4.100 Hausbrände beim Kochen ausgelöst und in rund der Hälfte der Fälle sind Alkohol oder Drogen im Spiel.

Das Wetter morgen im Osten zunächst einige Sonnenfenster, Meisterbar wieder bewölkt, bei Höchstwerten von milden 10 bis 20 Grad.

Das war das Abendschonal, Christian Williwald, Gerald Domian und Paul Schieffer sagen Danke fürs Zuhören.

Jetzt geht's jetzt mit dem Journal Panorama und mit Monika Feldner Zimmermann.